

**Manuskript: Redebeitrag Tobias Schunk,  
Mitglied Saarländischer Flüchtlingsrat  
Es gilt das gesprochene Wort.**



**Demonstration am 12. Oktober 2019: „Solidarität mit Rojava – Stopp dem militärischen Überfall der Türkei“**

Liebe kurdische Gemeinde im Saarland,  
Liebe Teilnehmer an der Demo“Solidarität mit Rojava – Stopp dem militärischen Überfall der Türkei“,

wir haben uns heute hier versammelt, da die Türkei völkerrechtswidrig in Nordsyrien einmarschiert ist, nachdem der amerikanische Präsident Donald Trump, den Abzug der US-Truppen aus Nordsyrien angeordnet und das Bündnis mit der kurdischen YPG aufgekündigt hat. Ich darf zu euch ein Grußwort des Saarländischen Flüchtlingsrates sprechen. Wir wollen mit dieser Demo ein Zeichen der Solidarität setzen und den Menschen in Nordsyrien zeigen: Ihr seid nicht alleine! Wir stehen an eurer Seite! Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die auf der Flucht sind oder wegen der türkischen Angriffe ihr Leben verloren haben.

Der Sieg über den Islamischen Staat ist im Wesentlichen der Verdienst der Kurden, unterstützt durch die USA. Etwa 11.000 kurdische Kämpfer haben hierfür mit ihrem Leben bezahlt. In den Kurdengebieten in Nordsyrien wurde etwas geschaffen, was seinesgleichen in Syrien sucht: eine Selbstverwaltung mit basisdemokratischen Mechanismen, die Männer und Frauen gleichermaßen gestalten. Hier herrschen mehr Frieden und Stabilität als an irgendeinem anderen Ort in Syrien. Minderheiten, wie z.B. Jesiden und Christen werden geachtet und können ihre Religion ungehindert ausüben.

Mit dieser dritten türkischen Intervention in Nordsyrien seit 2016 droht dies nun alles wieder zerstört zu werden: den Kurden droht die Vertreibung, Christen Verfolgung und unzählige Menschen sind auf der Flucht! Es gab Bombardements auf christliche Stadtviertel, auf die kurdische Zivilbevölkerung sowie auf Gefängnisse, in denen IS Kämpfer einsitzen. Man muss hier von ethnischen Säuberungen sprechen, die durch die türkische Armee erfolgen. Durch das Vorgehen der Türkei wird hingegen der IS gestärkt: Terroristen können aus den Gefängnissen entkommen, gesellschaftliche Ordnung wird zerstört, Gewalt und Radikalisierung breiten sich aus.

Der türkische Präsident Erdogan plant, in den kurdischen Gebieten, derzeit in der Türkei lebende syrische Flüchtlinge sowie arabischstämmige Flüchtlinge aus Zentralsyrien anzusiedeln. An den Kosten hierzu solle sich nach Meinung Erdogans die EU beteiligen. Kritik aus Europa an seiner Invasion entgegnet Erdogan unverholen mit Drohungen, dann die etwa 3,6 Millionen in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge nach Europa zu schicken.

Angesichts dieser Ereignisse erwarten wir von den politischen Verantwortlichen in Deutschland und Europa:

1. Keine falsche Rücksichtnahme gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdogan! Er ist ein autoritärer Diktator – die Invasion muss mit mutigen Worten verurteilt werden. Der EU-Türkei

Deal muss spätestens jetzt aufgekündigt werden – nach unserer Meinung hätte er nie abgeschlossen werden dürfen. Wer Erdogan mit dem Schutz von Flüchtlingen beauftragt macht den „Bock zum Gärtner“. Und wir wiederholen unsere Forderung nach der Aufhebung des PKK-Verbots und dem Ende der Kriminalisierung von kurdischen Gruppen. Auch hier zeigt Deutschland falsche Rücksicht gegenüber der Türkei!

2. Menschen auf der Flucht verdienen Schutz! Neben unserer Forderung der Aufkündigung des EU-Türkei Deals erwarten wir, dass es ein Ende der europäischen Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten gibt. Menschen, die aus politischen oder religiösen Gründen Verfolgung erfahren; haben Anspruch auf Schutz – hier in Europa. Wir erneuern unsere Solidarität mit dem Assyrischen Kulturverein im Saarland und fordern, dass das Saarland nicht länger auf den Bund verweist, sondern mutig vorangeht und die 400 verfolgten assyrischen Christen aufnimmt. Angesichts des Einmarsches der Türkei besteht Gefahr in Verzug! Daher ist unverzüglich ein Machtwort des Ministerpräsidenten Tobias Hans gegenüber dem Saarländischen Innenministerium erforderlich! Auch den kurdischen Geflüchteten muss unsere besondere Solidarität gelten. Wer für uns gegen den IS gekämpft hat oder aus sonstigen Gründen als Kurde verfolgt wird, soll hier bei uns Aufnahme und Schutz erfahren!